

FUCHSBRIEF

Mai 2020



Wo ist das Soziale nach der Krise?

Nicht nur, dass wir zurzeit Dinge erleben, die uns noch vor 3 Monaten unvorstellbar gewesen wären, wir erleben auch eine beispiellose Solidarität. Und doch habe ich Angst. Aus sozialen Gründen.

Vor 4 Wochen standen die Menschen auf den Balkonen, um den Menschen in Pflege und Medizin zu applaudieren.

Es gab wunderbare Sonntagsreden über Menschen, die das System in dieser Zeit am Laufen halten.

Nun werden viele Papiere über Ausstiegsszenarien geschrieben. Es wird diskutiert, wie man der Wirtschaft schnell und unbürokratisch helfen kann und wann Fußballspiele wieder möglich sind. Das ist alles richtig und wichtig, aber es wird nicht über die soziale Gesellschaft nach dem Ausstieg geredet.

Viele Menschen haben ihren Job verloren, wissen nicht, wie sie ihr Leben finanzieren sollen. Eine 6-monatige Aussetzung der Mietkündigung wird perspektivisch nicht helfen, langfristige Unterstützung wird notwendig werden.

Wenn wir nicht riskieren wollen, dass Menschen auf der Straße landen, muss geholfen und unterstützt werden.

Das Mietrecht ist Bundesrecht. Aber es könnten schon jetzt Verhandlungen mit den Vermieter*innen aufgenommen werden, die ein Kündigungsmoratorium zum Ziel haben. Dabei müssen wir

sicherstellen, dass die Mehrausgaben bei Übernahme der Unterkunftskosten nicht zu Lasten anderer Sozialausgaben gehen.

Wir erleben einen deutlichen Anstieg der häuslichen Gewalt, deshalb brauchen wir dauerhafte Frauenhausplätze und Unterstützung, um Traumata - auch bei Kindern - zu überwinden. Es braucht Hilfe, um in eigene Wohnungen ziehen zu können oder Verfahren gegen Gewaltausübende zu führen und damit die Gewaltsituation aufzulösen. Deshalb ist ein Rettungsschirm für soziale Träger und Vereine erforderlich, damit sie die dringend gebrauchten langfristigen Hilfen auch leisten können.

Berlin hat viele obdachlose Menschen, die sich nicht regelmäßig die Hände waschen können oder einfach in die häusliche Insolation können. Es gibt in Berlin tolle gemeinnützige Institutionen und Initiativen, die sich um diese Menschen kümmern. Aber niemand redet über ihre momentane Situation.

Wir müssen unkompliziert und langfristig diese Arbeit sichern.

Wir müssen Obdachlosen mit Wohnraum helfen. Richtig ist, wenn der Staat als Generalmieter für diese Personen eintritt und ihnen den Weg in ein „normales“ Leben ebnet. Dieses Vorhaben muss jetzt endlich zielführend diskutiert werden.

Ebenso müssen wir Kinder aus einkommensschwachen Haushalten mit

Technik für digitalen Unterricht ausstatten.

Offensiv müssen wir das Problem des Fachkräftemangels und der schlechten Bezahlung unseres Pflege- und Servicepersonals angehen. Es geht um eine deutliche und einheitliche Erhöhung des Mindestlohns, unabhängig von Ost und West, und um ordentliche, allgemeinverbindliche Tarifverträge.

Auch unser Gesundheitssystem steckt in einer tiefen Krise. Jahrelang auf Profit getrimmt, soll es nun Extremes leisten. Die Gesundheit der Menschen darf nicht dem Profitstreben wirtschaftlicher Unternehmen unterworfen sein.

Deshalb müssen wir über eine Vergesellschaftung der Krankenhäuser und das Finanzierungsmodell der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte ernsthaft reden.

Auch der Umgang der Gesellschaft mit Menschen mit Behinderungen muss sich endlich ändern. Sie arbeiten in den Werkstätten für eine Bezahlung, die den Namen nicht verdient. Es braucht den geschützten Raum, eine entsprechende Entlohnung und soziale Abfederung wie bei anderen Arbeitnehmer*innen.

Hier meine Forderungen zusammengefasst:

- Umfassendes langfristiges Kündigungsmoratorium
- Betreuung und sicheren Wohnraum für Opfer häuslicher Gewalt

- Rettungsschirm für soziale Träger und gemeinnützige Vereine und Institutionen
- Generalmietverhältnisse für Wohnungen für Obdachlose
- Versorgung von Kindern aus prekären Familien mit Technik zum Lernen
- Erhöhung des Mindestlohns im Gesundheits-, Pflege- und Servicebereich
- Tarifverträge mit Allgemeingültigkeit im Pflege- und Gesundheits- und Reinigungsgewerbe
- Vergesellschaftung der Krankenhäuser
- Überprüfung und Neuordnung der Finanzierung niedergelassener Ärztinnen und Ärzte
- Überarbeitung des Prinzips der Behindertenwerkstätten
- Endgültiger Perspektivwechsel hin zu einer in allen Bereichen inklusiven Gesellschaft

Fuchstreff und Bürgerbüro:

Aufgrund der aktuellen Corona-Situation fällt die Bürgersprechstunde „Fuchstreff“ auch im Mai aus. Jedoch begrüßt Sie mein Team unter Wahrung der Hygienemaßnahmen wieder im Bürgerbüro. Kommen Sie bei Fragen, Anliegen oder Kritik ab dem 6. Mai immer mittwochs von 10 bis 14 Uhr im Allendeweg vorbei. Bleiben Sie gesund!

Ihre Stefanie Fuchs